Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: J. A. Sorge, 315 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Ertz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 66. Freitag, 8. Juni. 1877.

Verbrechens- und Unterrichtsstatistik.

„Die Sozialdemokraten haben Schuld daran!" so lautet der Ruf der fanatisirten Gegner bei jeder Gelegenheit. Sie haben Schuld, wenn ein Mord verübt wird, sie haben Schuld, wenn ein Auflauf stattfindet, sie haben Schuld, wenn die Kälte zu groß und die Dürre zu anhaltend ist; Schuld haben sie, wenn der Blitz einschlägt oder wenn die Ströme aus ihren Betten treten und die Länder verwüsten.

Daß man den Sozialdemokraten nicht auch noch Schuld an den männermordenden Kriegen giebt, das ist Alles, aber sie haben dafür die Schuld an der „zunehmenden" Rohheit und an den vielen Verbrechen, Schuld an der Unwissenheit des Volkes.

Die „Irrlehren" der Sozialdemokraten sind „verbrecherische Theorien" und Noth und Elend, welche die gegenwärtige Krisis mit sich bringt, der Rückgang der Industrie ist ihre Hauptschuld — diese letzten Anklagen ertönten sogar aus dem Munde zweier leitenden Minister.

Verbrechen und Unwissenheit werden also durch die Sozialdemokraten genährt und verbreitet, so schreit die fanatisirte, gegen die Sozialdemokratie aufgehetzte Menge.

Nehmen wir nun die Statistik zur Hand und sehen zu, ob etwas Wahres an diesen Behauptungen ist. Die Statistik in Bezug auf die Verbrechen und den Unterricht ist allerdings in Deutschland noch sehr mangelhaft, doch liegt uns durch den Direktor des preußischen statistischen Bureaus, Hrn. Dr. Engel, besonders im Hinblick auf das Königreich Preußen, genügendes Material vor, um die „verbrecherische Thorheit" des Sozialismus in das richtige Licht stellen zu können.

Nach Engel haben durchschnittlich im preußischen Staate in den letzten Jahren auf 10,000 Einwohner 9 Personen Zuchthausstrafe verbüßt, gewiß eine respektable Zahl. Betrachten wir nun den Unterschied zwischen den einzelnen Provinzen. Die fünf östlichen Provinzen Brandenburg, Preußen, Pommern, Schlesien und Posen überschreiten alle den Durchschnitt zum Theil recht beträchtlich, die Provinz Sachsen nimmt eine Mittelstellung ein und die westlichen und nordwestlichen Provinzen zeichnen sich vortheilhaft durch die geringste Zahl der Zuchthäusler aus. 1874 z. B. hatte Brandenburg 11, Preußen 16,1, Pommern 9,2, Schlesien 12,5, Posen gar 17 Einsassen der Zuchthäuser auf 10,000 Einwohner, in Sachsen sanken sie schon auf 8,9 und dann bis zu 3,3 in Schleswig-Holstein. — Und Schleswig-Holstein ist bekanntlich ein Hauptheerd der Sozialdemokratie!

Die „Vossische Zeitung" bemerkt nun zwar Folgendes:

„In der Befreiung von Grund und Boden von patrimonialen Einrichtungen, sowohl in Vertheilung des Grundbesitzes, wie in Justiz und Verwaltung, überhaupt in Selbstständigkeit der Persönlichkeit ist in den östlichen Provinzen viel geschehen, aber doch sind noch immer von der alten Hörigkeit, die dort am längsten erhalten blieb, Spuren vorhanden, und nicht blos in rechtlicher, sondern noch mehr in gesellschaftlicher Beziehung, die heute noch als Vorwand gegen eine wirklich freie Gemeindeordnung herhalten müssen und der Büreaukratie zu Gute kommen, wo sie den Grundherren abgenommen werden. Die späte Befreiung von dem Unterthänigkeitsverhältniß ist auch eine von den mehreren Ursachen, warum die Ostprovinzen Preußens heute noch mehr, als durch Lage und Handelsverhältnisse geboten ist, ackerbautreibende geblieben sind, nicht denjenigen Zusatz von menschenbefreiender Industrie haben, den sie haben können. Die Verbrechensstatistik ist in dieser Beziehung sehr lehrreich und klagt nicht die Distrikte gehobenen Gewerbefleißes, sondern die durch Großgrundbesitz behinderter Eigenthumsbildung an. 3,7 Zuchthäusler in Rheinland, 5,3 in Westphalen gegen 17 unter 10,000 Einwohnern in Posen sind sprechende Thatsachen."

Wenn jemals ein oberflächliches Urtheil gesprochen worden ist, so ist es hier geschehen. In Schleswig-Holstein ist der Großgrundbesitz noch ganz besonders vorhanden und Dreiviertel der Bevölkerung nährt sich von Viehzucht und Ackerbau, die „menschenbefreiende Industrie" ist dort gar nicht, in Oberschlesien aber vorzugsweise vorhanden — in Oberschlesien kommen aber 15 (in der ganzen Provinz 12) Personen, die im Zuchthaus waren, auf 10,000 Einwohner, in Schleswig-Holstein aber nur 3 Personen! In Oberschlesien giebt es fast gar keine Sozialdemokraten, in Schleswig-Holstein aber ist die Hälfte der Bevölkerung sozialdemokratisch gesinnt.

Wenn wir nun auch nicht behaupten wollen, daß die Sozialdemokratie wesentlichen Einfluß auf obiges Verhältniß gehabt habe, da dasselbe schon früher bestand, als die Sozialdemokratie überhaupt in den betreffenden Gegenden Einfluß gewinnen konnte, so zeigt aber doch die Statistik, daß es „verbrecherische Thorheit" ist, der Sozialdemokratie anzudichten, daß sie entsittlichend wirke.

Wohl aber ist der Beweis als erbracht zu erachten, daß überall da, wo die Bevölkerung schon an und für sich auf einer höheren Stufe der Sittlichkeit steht, die Sozialdemokratie leicht Eingang findet; daß aber in einer sittlichen Bevölkerung nur ein sittliches Element Boden fassen kann, das ist ganz bestimmt wahr.

Je weniger Sittlichkeit aber in einer Gegend herrscht, desto schwieriger ist es, das Banner der aufklärenden und erlösenden Idee des Sozialismus dort aufzupflanzen.

Langjährige Erfahrungen machen diese Behauptung zur Wahrheit.

Die sozialistische Agitation in Ost- und Westpreußen, in Altbaiern, in Posen, in dem größten Theil von Schlesien und auch in Brandenburg (außer den großen Städten Berlin und Breslau) ist auf einen mehr oder weniger unfruchtbaren Boden gefallen, während dieselbe in Schleswig-Holstein, im Königreich Sachsen, in Rheinland, am Mittelrhein, am Oberrhein, in Thüringen und Westfalen, Hessen-Nassau gute Früchte getragen hat.

In den erstgenannten Gegenden steht die Bevölkerung aber auf einer bedeutend tieferen moralischen Stufe, als in den letzteren. —

Wir nehmen nun die Bildungsstatistik zur Hand und finden, daß es im Durchschnitt im preußischen Staat auf 10,89 Einwohner einen Analphabeten*) über 10 Jahre gab. Aber die Grenzen waren: 1 Analphabet zu 3,46 im Regierungs-Bezirk Bromberg, gegen 1 zu 81,27 im Reg.-Bez. Wiesbaden. Dieser Bezirk ist mit Kassel zur Provinz Hessen-Nassau verbunden, in letzterem zählt aber ein Analphabet auf 23,63 Einwohner, so daß die Provinz im Durchschnitt auf 1 zu 34,69 sinkt. Früher war die Provinz Sachsen mit 1 zu 36,09 Unterrichteten die Analphabeten zu den Unterrichteten im Reg.-Bez. Merseburg wie 1 zu 40,27, Reg.-Bez. Magdeburg 1 zu 36,39, Reg.-Bez. Erfurt 1 zu 28,23.

In den Rheinlanden betrug der Durchschnitt 1 zu 18,14, aber im Reg.-Bez. Coblenz 1 zu 36,80, Reg.-Bez. Aachen 1 zu 11,18. Das sind jedoch alles hohe Zahlen gegen die Provinz Preußen mit 1 zu 4,40, Posen 1 zu 3,77, Schlesien 1 zu 9,30, Pommern 1 zu 11,59.

Weiter besteht eine große Verschiedenheit in der Bildung nach den einzelnen Ortsgattungen. Im Durchschnitt des Staates kam in den Städten ein Analphabet auf 33,88 Einwohner, in den Landgemeinden 1 auf 10,87, in den Gutsbezirken 1 auf 5,15.

In Schleswig-Holstein kommt ein Analphabet auf 48,15.

Wir sehen also, daß der Bildungsgrad auf die Zahl der Verbrechen mit einwirkt und daß auch ferner der Sozialismus seine Heimstädte dort am leichtesten findet, wo die größere Bildung herrscht — er wird aber als ein neues Bildungselement von der gebildeten Bevölkerung gern aufgenommen.

Setzen wir nun noch hinzu, daß die deutschen Soldaten aus den Landestheilen, wo der Sozialismus schon Wurzel geschlagen, in dem jüngsten französisch-deutschen Feldzuge sich am anständigsten und humansten in Feindesland benommen haben, beobachten wir ferner, daß die Gewerke, welche während der kaum verflossenen Zunftzeit ihre größte Freude an Herbergsprügeleien fanden, jetzt nachdem sie vom sozialistischen Gedanken ergriffen, derlei Rohheiten strenge vermeiden, und daß alle Diejenigen aus unserer studirenden Jugend, welche sich mit dem Sozialismus beschäftigen, an den studentischen Saufereien und Paukereien nur geringen Antheil nehmen, wer kann es dann noch wagen, den Sozialismus eine „verbrecherische Thorheit" zu nennen und ihm die hochsittliche Idee abzusprechen??

Nur ein ungemein beschränkter oder ein besonders interessirter Mensch kann angesichts solcher Thatsachen den Sozialismus verantwortlich machen für Rohheit und Unbildung. —

Es wäre ein gewaltiger Fortschritt, wenn die Statistik auf allen Gebieten des Volkslebens schon derartig ausgebildet wäre, daß man überall Vergleiche in vorstehender Weise ziehen könnte, der Sozialismus würde schnell in die weitesten Kreise dringen, da man bald genug auch von seinem segensreichen Einfluß auf die Moralität der Bevölkerung allseitig überzeugt sein würde.

„Doch jedes gute Ding will Weile haben"; wir geben uns deshalb mit unseren seitherigen Erfolgen gern zufrieden, wir wissen, daß ihnen immer neue, immer größere nachfolgen werden.

*) Eigentlich: der das Alphabet — A B C — nicht kennt; der nicht lesen und schreiben kann.

Ein gewisser G. M. Calberla, Dr. phil.,

macht die Wissenschaft unsicher. — Es ist keine Freude mit diesen unsicheren Gesellen; dieser Calberla jedoch ist meiner besonderen Aufmerksamkeit von einem nahen Freunde empfohlen, mit dem Hinweis, daß wegen übergroßer Unwissenheit des Publikums aber- und abermals ein Exempel zu statuiren sei.

Dr. C. hat den Lorbeeren, die sich v. Sybel mit seinen „Lehren des heutigen Sozialismus und Communismus" erworben, wie er sagt, „angemerkt, daß sie dem befangenen Raisonnement eines Parteistandpunktes entsprungen sind". Er läßt nun in C. Schönfeld's Verlagshandlung in Dresden ein erstes Heft „Sozialwissenschaftliches" erscheinen, worin er anerkennt: „Der Sozialismus hat seine wissenschaftliche Basis", „nicht mit Flintenkugeln, sondern mit praktischen Reformen und wissenschaftlicher Widerlegung könnte er besiegbar sein". An diesen zwei Wörtchen ist schon deutlich zu merken, welchen Praktikus wir vorhaben. Die wissenschaftliche Basis, die er den Sozialdemokraten nicht absprechen kann, wird er ihnen mit seiner „wissenschaftlichen Widerlegung" doch wieder absprechen können. Na, auch solche Käuze muß es geben. Dafür ist denn die „Sozialistenbibel", „die Marx'schen Grundbegriffe", das richtige Objekt.

Um die wissenschaftliche Basis der Sozialdemokratie wissenschaftlich zu widerlegen, dazu ist, wie Calberla sagt, die Tagespresse nicht im Stande, „sie kennzeichnet sich durch Unkenntniß der Grundzüge der Bewegung", „zeichnet sich ebenfalls sehr unvortheilhaft durch Maßlosigkeit aus", macht sich „sehr häufig lächerlich durch Windmühlenkämpfe". Dem „Rodbertus, Schmoller, Ad. Wagner, Brentano, v. Scheel, Samter, Wyncken u. A. m." kurz, „der sozialpolitischen Literatur ist es nicht gelungen, der sozialistischen Bewegung durch der Wahrheit Gewalt Einhalt zu thun." „Die sozialistische Frage kann nicht lediglich durch materielle Reformen gelöst, sie muß auf dem Boden der idealen Ziele, auf dem Schauplatz der Geistesarbeit ausgefochten werden". „Nur selten wird von der nichtsozialistischen Literatur die Untersuchung und Prüfung des feindlichen Arsenals für nothwendig befunden — oder gewagt?"

Dazu hat nun Dr. Calberla Muth; aber auch mehr Muth wie Talent.

Allen konfusen Sprüngen des Querkopfs zu folgen, auf und ab, vorwärts und rückwärts, das wäre der Ehre für ihn, der Qual für mich und meine Leser zu viel. Versuchen wir statt dessen eine kurze populäre Darstellung des Terrains, auf dem er purzelt, um darnach an wenigen seiner hervorragendsten Leistungen unseres Widersachers windige Lustigkeit zu kennzeichnen.

In unserer civilisirten Welt treibt man nicht nur Privat- und Hauswirthschaft, und nicht nur Nationalökonomie, sondern auch eine richtige internationale communistische Produktion. „Das Kapital" des theoretischen Communisten Marx fußt auf dem „Grundbegriff", daß unsere Bourgeois in ihrem wirthschaftlichen Treiben praktische Communisten sind. Marx' „Kapital liefert ihnen die Theorie, liefert den Beweis, daß die „moderne Gesellschaft" eine wahre Commune ist, die von Rußland mit Roggen, Talg und Thran, von den Preußen mit „Fusel", vom La Plata mit rohen Häuten und so von allen Seiten mit dem nöthigen Material und Proviant versorgt wird. So irgend ein brasilianisches Haus eine Schiffsladung Kaffee seinem befreundeten Hause in Hamburg in Consignation giebt, so geschieht das nicht, des letzteren Privatdurst zu stillen, sondern der Dienst wird der großen bürgerlichen Gesellschaft geleistet, unter Beding eines Gegendienstes, mittels Gold oder Silber, von demselben „Werth".

Wenn in der heutigen Welt keine communistische Tendenz vorhanden wäre, wenn diese Tendenz nicht schon seit Jahrtausenden gelebt und sich emporgearbeitet hätte, dann würde niemals ein Tausch stattgefunden, der Handel nie die Großartigkeit des Welthandels erreicht haben, und das Problem des „Werths" nie zu seiner wissenschaftlichen „Fundamental"-Bedeutung gekommen sein. Adam und Eva und ihre erste Nachkommenschaft kannten keine Werthe, keine Waaren, keinen Handel; sie verschwendeten keine Arbeit an die Produktion. Das Aepfelabpflücken für den Hausbedarf war wohl ihre ganze Beschäftigung, und schätzte man in dieser primitiven Oekonomie die Dinge nur nach ihrem Gebrauchswerthe. Der andere, der Tauschwerth, den der Calberla nicht begreifen kann, kommt erst später zum Vorschein, entwickelt sich allmälich und macht auch heute in den fortgeschrittensten Ländern immer noch seine Fortschritte. Unter uns und auch in England giebt es Bauern, die sich ihr Korn ziehen, ihr Brod backen, ihr Fleisch züchten, Butter und Käse bereiten und von allem nur den Ueberfluß „verwerthen", also nur einen kleinen Theil ihres Produkts zu „Werth" machen. Andere Bauern neben ihnen sind in der Tauschwerthmacherei weiter fortgeschritten; sie verwenden vielleicht ihre ganze Arbeit zur Viehzucht, machen kaum den eigenen Butterbedarf, sondern verfüttern alles, auch die Milch, an das heranwachsende Rindergeschlecht. Ihre ganze Produktion geben sie, und ihre ganze Consumtion entnehmen sie der „modernen Gesellschaft", obgleich Calberla an diesem Begriff herumklaubt und ihn nicht zu fassen weiß.

Also die moderne Gesellschaft ist kaum da, und die destruktiven Sozialisten wollen sie schon „zerstören", wollen sie umbringen; bevor sie noch herangewachsen, sprechen sie schon vom „Verfaulungsprozeß". Leider gehen auch Jünglinge mit der Schwindsucht umher; ja, genauer zugesehen, findet sich überall Asche und Moder als Bedingung des Lebens.

So auch in der modernen Gesellschaft. Ihr Communismus ist gar noch wenig entwickelt, da finden die bewußten Communisten oder Sozialdemokraten schon, daß die bürgerliche Form unzulänglich. Und um nun das dem Bürger klar zu machen, will er belehrt sein, daß der ganze honorabele Theil seiner Geschäftigkeit nicht darin besteht, sich die Taschen zu füllen sondern seine Arbeitsprodukte an die Gesellschaft zu liefern. Wer also schafft, wer Produkte in Form von Waaren auf den Markt bringt, der will Privatarbeit in Communalarbeit verwandeln. Marx sagt deshalb, daß die heutige Arbeit einen „zwieschlächtigen" Charakter habe. Daß der Bäcker seine Brödchen für sich bäckt, und doch nicht für sich, sondern für das Publikum, daß also die Produzenten Privatproduzenten und doch keine Privatproduzenten, sondern Lieferanten der öffentlichen Gesellschaft sind — dieser Mischmasch ist es, den Marx „zwieschlächtige Arbeit" nennt.

Da kommt nun dieser Kukuk Calberla und legt ihm ein abscheuliches Ei in's Nest. „Er (Marx) spricht von der Zwieschlächtigkeit der allgemeinen menschlichen Arbeit, und meint dabei offenbar den verschiedenen Inhalt der beiden Definitionen, welche sich von „zweckdienlicher Arbeit" geben lassen, je nachdem man sie vom Gesichtspunkte des arbeitenden Individuums, d. h. als Aeußerung der Arbeitskraft, als vitalen Prozeß betrachtet; oder je nachdem man sie vom Stundpunkte des Produkts aus zergliedert, wo sie sich als eine am gebrauchsmäßigen Ding vollzogene Veränderung geltend macht."

„Offenbar" hat der Herr Doktor seine unklaren Gedankengänge in unklare Worte gebracht. „Offenbar" hat kein Mensch daran gedacht, und im „Kapital" von Marx ist mit keiner Silbe die Rede davon, zu unterscheiden zwischen der Arbeit als „vitalem Prozeß", d. h. zwischen der subjektiven Anstrengung und der Veränderung, welche die Arbeit am Objekt vollbringt.

„Wie wir an der Hand von Marx sahen, ist die menschliche Arbeit zwieschlächtig, je nachdem sie vom Gesichtspunkt des Arbeitsobjekts oder von dem des arbeitenden Subjekts zergliedert wird."

Und wie ich an der Hand von Calberla sehe, ist der Ver-

stand des Kritikers zwieschlächtig, indem er sich als groben Un- oder Mißverstand darstellt.

Der Kohl, den diese Zwieschlacht in ihrer „Kritik“ zusammenstoft, ist zu ungenießbar, als daß ich dem Leser viel davon vorsetzen möchte. Dem philosophischen Doktor fehlt das Verständniß nicht nur für die Oekonomie, sondern auch für die elementarsten Dinge; und dabei ist er so dünkelhaft, ernstlich zu glauben, er habe die „wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus“, die Marx'sche Werththeorie widerlegt.

Bevor auf diesem Felde mit ihm irgend etwas anzufangen, soll er sich über die Gleichheit und zugleich Verschiedenheit überhaupt aller Dinge dieser Welt unterrichten lassen. Daß alle Dinge gleich sind in der Verschiedenheit und verschieden in der Gleichheit, ist ihm wohl unerhört: alle Zwiebelköpfe sind verschieden, absolut mannichfaltig; aber alle sind Zwiebelköpfe, darin sind sie absolut gleich.

Bei der Arbeit verhält es sich ganz so. Trotzdem alle Arbeiten verschiedene, mannichfaltige, individuelle Arbeiten sind, gehören doch alle zu derselben, zu gleicher Gattung, es ist „gleiche, unterschiedslose, abstrakt menschliche Arbeit“. Das will dem Herrn nicht in den Kopf. Er sagt und beweist zehnmal, daß die Arbeit nicht gleich, nicht unterschiedslos ist. Dann bringt er Anführungen, wo Marx sagt, daß alle Arbeit individuell, verschieden nach Gewerben, Ländern und Culturepochen ist; und wenn darnach dann von der unterschiedlosen, allgemeinen, gleichen Arbeit die Rede ist, meint Calberla einen besondern Trumpf gefunden zu haben, wenn er widersprechen kann: „Wir haben doch gesehen, die Arbeit ist nicht gleich.“

Was ist nun mit solchem Querkopf zu machen? Der Doktor soll heimgehen, in die Philosophie, und erst lernen, daß alle Dinge gleich und ungleich zugleich sind, ungleich als Individuen, gleich als Angehörige einer Gattung. — Ich sollte denken, er sei doch ein Mensch gleich wie die anderen, wenn auch ein ganz eigenthümlicher Mensch.

Noch eine Schlußprobe aus der Calberla'schen „Kritik“.

„Die allseitige Erfahrung in der kapitalistischen modernen Gesellschaft beweist, daß der Preis der Arbeit ... sich nicht nach ihrer Dauer, wohl aber ungefähr nach ihren Leistungen ... richtet.“ (Seite 41.)

Erstlich ist es niemals einem vernünftigen Wesen eingefallen, zu denken oder zu sagen: daß sich der Preis der Arbeit nach der Dauer richte; aber das Schönste ist, daß Calberla den wissenschaftlichen Werthausdruck „ungefähr“ entdeckt hat. Nun, denke ich, haben auch wir „ungefähr“ genug.

Allerdings ist die Werththeorie ein Cardinalpunkt, und sollte uns die Veranlassung ihrer eingehenden, ernsten Erörterung nur angenehm sein. Doch bedarf es dazu eines würdigeren Widersachers, und besitzen wir einen solchen in der „Quintessenz des Sozialismus“, auf welche ich gelegentlich zurückkommen werde.

J. Dietzgen.

Nachschrift: So eben trifft Nr. 61 und 62 des „Vorwärts“ ein, woraus ich ersehe, daß Freund Schramm schon mit der „Quintessenz“ in Unterhandlung getreten und mich hoffentlich des Weiteren überheben wird.

(Nachdem der Artikel: „Karl Marx: Das ‚Kapital‘ und der heutige Sozialismus“ in Nr. 64 zum Abdruck gelangt war, erhielten wir vom Genossen Dietzgen die vorstehende Zuschrift über denselben Gegenstand. — Wenngleich die Anschauungen in den beiden Artikeln auf gleicher Basis beruhen, so sind die Ausführungen doch verschieden, und obiger Artikel ist so belehrend, daß dessen Nichtabdruck ein Verlust für unsere Leser wäre.

Die Red. des „Vorwärts“.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Der Rubel auf Reisen“ entfaltet eine fieberhafte Thätigkeit. Das Fiasko der russischen Mobilmachung soll durch unverschämte Münchhausiaden in Vergessenheit gebracht werden. Thatsache ist: der „Aufmarsch“ der russischen Armee an der Donau vollzieht sich mit einer Langsamkeit, welche beweist, daß in der Militärorganisation sehr viel faul ist, und die ausposaunten „Erfolge“ in Asien wiegen zusammengenommen nicht die Besitzergreifung der Kaukasusküste durch die Türken auf. Man munkelt von Friedensunterhandlungen — es scheint fast, als wolle die russische Diplomatie sich einige „Siege“ zurechtlügen, um mit einigem Anstand aus der Patsche zu kommen. Indeß ist diesen Gerüchten vorläufig kein Werth beizulegen. —

— Die Bilanz der Mordskultur. Nach einer Berechnung des Londoner „Economist“ — im Finanz- und Zahlenwesen die erste Autorität der Welt — haben die in dem letzten Vierteljahrhundert, von 1852—1877, geführten Kriege gekostet:

1,948,000 Menschen, also beinahe zwei Millionen, in der Schlacht getödtet, an Wunden und Krankheiten gestorben.
2413 Millionen Pfund Sterling, das heißt acht- und vierzig Milliarden zwei hundert sechzig Millionen Mark an Geld — über zwölfmal so viel als die berühmten und berüchtigten „französischen Milliarden“.

Und diesem Ausgabekonto gegenüber das Einnahmekonto?

Allgemeine Verarmung.
Hungertyphus.
Corruption.
Knechtschaft.

Nicht Ein Mensch, außer den politischen und unpolitischen „Gründern“, der durch all diese Kriege an Wohlstand, nicht Ein Volk, das an Freiheit gewonnen hätte!

Unsere Gegner nennen das „Civilisation“ und die Gesellschaftsordnung, die solche Giftfrüchte erzeugt, „die beste der Welten“. Und wer mit gebührendem Nachdruck den Massenmord geißelt und die Ueberzeugung ausspricht, daß die Menschen zu etwas Anderem da sind, als einander die Gurgeln abzuschneiden, der wird in's Gefängniß geworfen. Wahrhaftig, es gehört eine Art geistiger und moralischer Krankheit dazu, um solche Zustände erträglich, ja „glorreich“ zu finden!

— Offiziöse Unverfrorenheit und Unvorsichtigkeit. Herr Virchow, mit dem wir sonst, auf politischem Gebiet wenigstens, nicht leicht übereinstimmen, hat neulich über die gegenwärtige Weltlage und die klägliche Rolle, die Deutschland dabei spielt, eine zum Theil recht vernünftige Rede gehalten. Dafür wird er nun in der halbamtlichen „Provinzialcorrespondenz“ des „politischen Dilettantismus“, d. h. der Unwissenheit in politischen Dingen beschuldigt, und ihm auch der Vorwurf gemacht, daß er sich wiederholt mit seinen Urtheilen und Auffassungen geirrt. Das ist ja unzweifelhaft wahr. Aber der „Provinzialcorrespondenz“ steht es schlecht an, mit derlei Vorwürfen zu kommen. Uns will bedünken, alle politischen Böcke, die Virchow geschossen — und es sind ihrer nicht wenig — schrumpfen zu nichts zusammen, verglichen mit dem kolossalen Bock (schon mehr ein Mammuth), den ein gewisser Staatsmann geschossen hat, welchen die „Provinzialcorrespondenz“ zu beweihräuchern pflegt und, komischer Weise, auch in der gegen Virchow gerichteten Expektoration mit Lobsprüchen ob seiner staatsmännischen Weisheit überschüttet. (Wir meinen den „genialen“ Entdecker des „Bischen Herzegowina.“ O si tacuisses!

— Schlimmer als in Feindesland! Die ganze Marpinger Wundergeschichte ist für uns von geringem Interesse, und wir haben ihr bis jetzt wenig Beachtung geschenkt, interessant ist jedoch ein jetzt in dieser Angelegenheit gegen den Professor Dr. Scheeben geführter Prozeß. Der Angeklagte hatte nämlich über die Haltung des Militärs in Marpingen in der „Kölner Volkszeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er behauptete, das Militär habe sich in Marpingen wie in Feindesland betragen. Darin war eine Beleidigung des Offizierkorps des 30. Regiments gefunden, jedoch war der Angeschuldigte in erster Instanz freigesprochen worden. Gegen dies Urtheil war Appellation eingelegt, bei deren Verhandlung die Entlastungszeugen des Dr. Scheeben eigenthümliche Sachen aussagten. Dieselben gaben unter Anderem an, daß der Ortsvorsteher, bei welchem man requirirte, bewacht wurde, damit er nicht fliehe; daß man mehr Betten verlangt habe, als Soldaten dagewesen; daß der Hauptmann den Sohn eines Wirthes mit der Hand an den Kopf geschlagen, als dieser ihn ersucht habe, nach Hause gehen zu dürfen. Weiter habe der Hauptmann einen Mann unter das Kinn geschlagen; ein Fuhrmann habe ausgesagt, er sei niedergeschlagen worden und habe dadurch einen lahmen Arm bekommen. (Dies bezeichnete der Gensdarm bei der Verhandlung unter dem Gelächter des Publikums als eine Lüge.) Bei einer Requisition endlich habe ein Soldat mit dem Säbel in der Hand gesagt: „Wenn wir Euch über den Haufen stechen, dann seid Ihr bezahlt!“ ꝛc. ꝛc.

Das Urtheil der Appellkammer lautete demgemäß auf Freisprechung, nachdem noch der Vertheidiger bei der Verhandlung ausgeführt hatte, daß man sogar über den Kriegsbrauch hinausgegangen sei. — Wir haben hier eine der schönsten Blüthen, die der Culturkampf je getrieben hat. Daß man auf solche Weise dem Ultramontanismus keinen Abbruch thut, kann doch wahrlich jedes Kind einsehen.

— Statistik. Der Direktor des preußischen statistischen Bureaus, Geh. Rath Engel, hat einen ausführlichen Plan für eine allgemeine Unterrichtsstatistik des preußischen Staates entworfen und zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Man kann ein solches Vorgehen nur mit Freuden begrüßen, da durch dasselbe am besten festgestellt wird, wo etwas faul ist im Unterrichtswesen. Die Erkenntniß vom Sitz des Uebels ist ja immer der erste Schritt zur Heilung. Uebrigens wird sich dabei von Neuem ergeben, daß das Schulegehen und der Schulbesuch dort am besten, daß die Bevölkerung dort am intelligentesten ist, wo der Sozialismus schon feste Wurzeln gefaßt hat.

— Strafgerichtliche Verfolgung eines Mitgliedes des österreichischen Herrenhauses. Die Prager Staatsanwaltschaft hat sich an das Präsidium des Herrenhauses gewendet um Bewilligung der strafgerichtlichen Verfolgung des Herrenhausmitgliedes Grafen Georg Buquoy wegen Verbrechens nach § 128 des Strafgesetzbuchs, begangen durch Schändung eines auf dem gräflichen Gute Gratzen in Böhmen als Kutscher bediensteten Bauernknaben. Die bereits seit längerer Zeit schwebende Voruntersuchung ergab in Folge der Vernehmung des Klägers und der von diesem namhaft gemachten Zeugen Daten, welche die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage veranlaßte. Georg Heinrich de Longueval Graf Buquoy, geboren am 2. August 1814, ist Präsident des böhmischen Katholikenvereins und hat sich vor einigen Tagen als Mitglied der Deputation der Katholiken Böhmens zur Jubiläumsfeier des Papstes nach Rom begeben. — Und was wird dem Verbrecher geschehen? Auf viele Jahre würde er in's Zuchthaus gesperrt werden, wenn er ein „gewöhnliches Menschenkind“ wäre; der Herr Graf aber — nun, der hat einmal ein schwaches Stündchen gehabt. Und dann ist es ja auch nur ein simpler Bauernknabe, an dem der Herr Graf zum Verbrecher wurde. Die Sache ist also nicht so schlimm!

— Unsere Gegner. Die Bourgeois- und Reptilienblätter (zuerst, wenn wir nicht irren, die „Weserzeitung“) enthalten folgende Notiz:

„Die neueste Nummer des ‚Vorwärts‘ trägt an der Spitze des Blattes eine mit Trauerrand umgebene Gedächtnißtafel für die kommunistischen ‚Opfer‘ der Pariser blutigen Maiwoche vom 22. bis 28. Mai 1871: ‚.... hundertundelf Tausend Opfer, niedrig geschätzt, das ist die Bilanz der Rache der Bourgeoisie für die Revolution des 18. März‘, heißt es am Schlusse derselben. Sodann ist folgender drohender Avis des ‚Vorwärts‘ an die Bourgeoisie zu lesen: ‚Das Proletariat vergißt seine Märtyrer nicht. Es vergißt nicht die Verbrechen seiner Feinde. Und es kennt seine Pflicht.‘ Die ‚Opfer‘ der Commune Märtyrer der Sache, die das offizielle Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands zu vertreten hat! Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, an welchem die deutschen Arbeiter Abrechnung halten mit ihren publizistischen Maulhelden, die es wagen durften, sie mit den Scheusalen der Pariser Commune in einen Topf zu werfen, ja jene ihnen als Märtyrer der eigenen Sache zu oktroyiren.“

„Publizistische Maulhelden“, „Scheusale“ — nicht geschimpft! Doch lassen wir das. Also die Märtyrer der Commune, die nicht geraubt, nicht gestohlen, nicht gemordet, sondern sich des einzigen Fehlers schuldig gemacht haben, Bestien mit Menschen zu verwechseln, sind „Scheusale“, und wir sind „Maulhelden“(!), weil wir diese „Scheusale“ verehren und bewundern. Ja, hätte jeder Communekämpfer sich zu dem Standpunkt aufzuschwingen verstanden, sich vier Mätressen zu halten, wie gewisse Leute; das Volk auszubeuten und seine Gläubiger zu betrügen, wie gewisse Leute; zu lügen, zu verleumden, zu plündern, zu morden, zu sengen und zu brennen, wie gewisse Leute —, dann wären die „Scheusale“ Vertheidiger des heiligen Eigenthums und der heiligen Familie, Retter der Gesellschaft, Säulen der moralischen Ordnung, und wir „Maulhelden“, wir wären würdig, Hand in Hand mit der Berliner Duncker-zeitung, dem Leipziger Post-Leonhardt-Blatt, dem Bremer Robolski-Braun-Organ und dem übrigen gleichbiederen Zeitungsgeschwister um das goldene Kalb der Bourgeoisie und die Milchkühe des Reptilienthalers und des Rubels auf Reisen herumzutanzen.

— Die jüngste „Heldenthat“ der italienischen Bakunisten (wir thaten den Herren Unrecht, als wir die Vaterschaft dieses — geistreichen Streichs auf andere Schultern wälzten) von der wir seinerzeit berichteten, hat zur Folge gehabt, daß eine Anzahl italienischer Arbeiterorganisationen, die mit den „anarchischen“ Bestrebungen der Bakunisten nicht das mindeste zu schaffen haben, aufgelöst worden sind. Die nichtanarchistischen und die der sogenannten „italienischen Föderation“ nichtangehörigen Föderationen: die sizilianische, die neapolitanische, die ligurische, die venezianische und die der Emilia waren in der besten Reorganisation begriffen, die oberitalienische Föderation zählte bereits allein mehr als 5000 Mitglieder, nachdem eine Arbeitergesellschaft in Mantua mit 3000 Mann ihren Beitritt erklärt

Prozeß Diest-Daber.

(Schluß.)

v. Eysenhardt behauptet, der Angeklagte habe ihm gegenüber noch nach dem Meyer'schen Prozesse schriftlich seine Behauptungen aufrecht erhalten.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt fügt derselben noch die Bemerkung an, daß der Angeklagte in seinen Combinationen sich bis zu der Aeußerung verstiegen habe, der beste Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen liege darin, daß Fürst Bismarck am 10. Januar v. J. nach dem Erscheinen der Broschüre seinen Abschied verlangte, und daß es nur den fünfstündigen Anstrengungen des Grafen Moltke gelang, den Fürsten zur Zurücknahme seines Antrages zu bewegen. Die ganze Erzählung beruhe auf Unwahrheit.

Es beginnen demnächst die Plaidoyers.

Staatsanwalt Tessendorf. Die in den Prozessen gegen die „Reichsglocke“ gemachten Erfahrungen nöthigen ihn zu der Vorbemerkung, daß er die Vollständigkeit der Zeitungsreferate über seine Plaidoyers nach außen hin nicht übernehme, sondern in dieser Beziehung auf den stenographischen Bericht rekurrire. Bezüglich der Competenzfrage habe dieser Prozeß bereits seine Geschichte. Die Broschüre spreche nur von einem „Ungenannten“, biete also keine Möglichkeit zur Einleitung einer Beleidigungsklage, und als Gehlsen den Ungenannten in „Fürst Bismarck“ übersetzte, habe ihn Diest nur dahin berichtigt, daß diese Substitution „so ohne weiteres“ nicht gerechtfertigt sei. Dann kommen die Prozesse gegen Gehlsen's Sitzredakteure, und gegen Rudolf Meyer, welch' letzterer von Diest und v. Wedemeyer als seine Gewährsmänner nannte. Auf Wunsch desselben und da auch inzwischen Gehlsen in gleicher Weise gegen v. Diest aussagte, sei gegen den Gewährsmann vorgegangen worden. Es handle sich dabei durchaus nicht um harmlose Jagdgespräche, sondern um den Beweis, daß auch der Angeklagte zu Denjenigen gehörte, welche — vielleicht unbewußt — die niederträchtigsten Verleumdungen colportirten und deshalb zu verfolgen seien. Der Staatsanwalt erläuterte ferner die rechtlichen Begriffe der Beleidigung und der Verleumdung, mit denen in letzter Zeit großer Unfug getrieben werde, indem man aus der Thatsache, daß Fürst Bismarck nicht wegen Verleumdung, sondern wegen Beleidigung klage, zu folgern pflege, daß er die Thatsachen zugebe. Wegen Verleumdung könne das Verfahren nur in dem Falle eingeleitet werden, wenn dem Beleidiger von vornherein nachzuweisen ist, daß er wider besseres Wissen beleidigt habe. (?) Die Aeußerung, der Reichskanzler soll noch das Brot aus der Hand pommerscher Junker essen, sowie der Satz, er werde nicht eher ruhen, bis er Sr. Maj. aus den Händen dieses Mannes befreit habe, trage den Charakter der Beleidigung. Die Verleumdung sei in der Behauptung falscher Thatsachen zu finden, so z. B. in der unnobel bezeichneten Gründungsbetheiligung des Fürsten. Die Aeußerungen im Eisenbahncoupé mögen vielleicht nicht als öffentliche betrachtet werden, die in Stettin gethanen Beleidigungen seien aber zweifellos öffentlicher Natur. Auch die Mittheilungen des Angeklagten an Rudolph Meyer und Gehlsen mußten als Verleumdungen aufgefaßt werden, da der Angeklagte die Wahrheit dieser Thatsachen nicht nachweisen könne und der Gerichtshof keine Verpflichtung habe, die Unwahrheit aufzudecken; übrigens sei in dieser Beziehung durch die früheren Prozesse genug aufgeklärt, denn kein Zeuge habe auch nur einen Schein von Wahrheit für diese Behauptungen erbracht. Die Zeugen und Gewährsmänner des Angeklagten beweisen in dieser Beziehung auch nichts. v. Thiele habe seine Aeußerungen im engsten Familienkreise gemacht und Rothschild dieselben sofort als Unwahrheit bezeichnet. Wie die Gerüchte entstanden, sei nicht aufgeklärt; vielleicht hätten frühere Aeußerungen des Herrn v. Hansemann zu so groben Mißverständnissen Veranlassung gegeben. v. Wedemeyer sei todt, auch kein Jugendfreund des Kanzlers gewesen und was die Beziehungen des Angeklagten zu dem Fürsten anlange, so habe v. Diest früher in dessen Familie verkehrt und mehrere Briefe an den Reichskanzler geschrieben, die schließlich in reine Citirungen und Rechenschaftsforderungen ausarteten, so daß schließlich der Fürst auf die schriftliche Bemerkung des Angeklagten, er scheine auch schon vom Mammon angefressen zu sein, anordnete, daß alle seine Briefe uneröffnet zurückgeschickt werden sollen. Die Gewährsmänner des Hrn. v. Wedemeyer hätten ebenfalls kein Beweismaterial erbracht. Frage man nun aber nach dem Zweck dieser Verleumdungen, die schon seit sieben Jahren in Deutschland herumgeschleppt werden, so komme man dazu, daß der Fürst schon damals viele Feinde hatte. Der Krieg kreuzte die Pläne der Depositaire*) der sauberen Geschichte, sie wurde während der Gründerjahre ad depositum gelegt, und erst nach dem Krach, den man ja auch dem Reichskanzler zur Last legt, und nach dem Prozeß Arnim, der die Zahl der Feinde Bismarck's noch vermehrte, begann der Kampf von neuem durch die Aera-Artikel der „Kreuzzeitung“, und die Geschichte kam aus dem Depositorium wieder an's Tageslicht und durch die Vermittelung des Angeklagten an Gehlsen und damit an die große Glocke, nämlich an die „Reichsglocke“, das Organ aller Reichs- und Bismarckfeinde, der Hochconservativen, der Ultramontanen, der Sozialdemokraten**) und der Gruppe Arnim. Für dieses Blatt war die Geschichte ein gefundenes Futter. Die Artikel gingen aus der „Reichsglocke“ in andere***) sozialistische und ultramontane Blätter über, während die Presse im allgemeinen zu anständig war, um sie abzudrucken. Die Attake schlug fehl, große Betrübniß war die Folge, man drehte den Spieß um und entdeckte, daß Gehlsen schließlich nichts weiter als ein „Reptil“ sei und vom Staatsanwalt Tessendorff rechtzeitig den Wink erhalten habe, nach der Schweiz zu entkommen. Wegen dieser frechen Behauptung habe er einen Strafantrag gestellt. Als dann der Prozeß Meyer ein schlechtes Ende nahm, da waren die letzten Pfeile so gut wie verschossen. Sein Strafantrag gehe dahin, den Angeklagten zweier einfachen und vier qualifizirter Beleidigungen als schuldig zu erachten und denselben zu einem Jahre Gefängniß zu verurtheilen. Die Höhe der Strafe rechtfertige sich aus den gegen

*) Verwahrer; ad depositum legen, aufbewahren, in den Schrank legen.

**) Falsch! Herr Tessendorff. Red. d. „V.“

***) Oho! Herr Tessendorff. Red. d. „V.“

hatte — sie alle sind jetzt verboten worden. Der in Palermo erscheinende „Povero“ wendet sich in scharfen Worten gegen die „Verrücktheiten“ der Bakunisten und auch der „Mirabeau“ in Verviers (Belgien) will von den albernen Putschen der Herren nichts wissen. Alles in Allem ist der Bakunismus in Italien in starkem Rückgange begriffen. Die Arbeiter sehen eben ein, daß nicht „lächerliche bewaffnete Spaziergänge“, wie der „Povero“ die bakunischen „Heldenthaten“ nennt, sondern lange unverdrossene und ernste Arbeit erforderlich ist, um den Sozialismus zur gesellschaftlichen Geltung zu bringen.

— Vorläufige Abfertigung. Das „Bulletin“ der Jurassier beweist seine brüderliche Gesinnung dadurch, daß es seit einigen Monaten fast in jeder Nummer alberne, zum Theil pöbelhafte Angriffe auf den „Vorwärts“ bringt, weil wir uns für die Revolutionsmacherei unreifer Knaben (Kasankirchen-Krawall und die italienische Schießprügelpromenade) nicht zu begeistern im Stande sind. Die neueste Nummer des „Bulletin“ ist so liebenswürdig, uns des Wortbruchs und der Lüge zu zeihen, weil wir den uns zugehenden Brief einiger Russen, betreffend die Kasankirchen-Affaire, dessen Veröffentlichung wir angezeigt, noch nicht zum Abdruck gebracht, und weil wir gesagt, Fräulein Bardina habe mit dem Kasankirchen-Krawall nichts zu thun. Wäre Letzteres falsch, was wir indeß nicht glauben, so wäre das ein Irrthum und nicht eine Lüge — das mögen die Herren des „Bulletin“ sich merken. Und was den erwähnten Brief angeht, so ist derselbe im Drang ernsthafter Arbeiten einfach vergessen worden. Wir hoffen jedoch in den nächsten Tagen uns auf ein Halbstündchen mit dieser Kinderei beschäftigen zu können. Einstweilen sei den Herren Gerngroßen bemerkt, daß zur Zeit, wo in Deutschland die politische Bewegung noch den Lutschbeutel im Mund hatte, auch bei uns Streiche à la Kasankirchen-Krawall und italienische Schießprügelpromenade (nur nicht ganz so kindisch, vgl. z. B. den Sturm auf die Frankfurter Hauptwache) an der Tagesordnung waren, seit längerer Zeit aber zum großen Verdruß unserer lieben Polzei aus der Mode gekommen sind. Daß derartige Streiche für die Betheiligten mitunter sehr schlimme Folgen haben, nimmt der Kinderei nicht ihren kindischen Charakter. Und wohlgemerkt: wenn wir von Kindereien reden, so brauchen wir das mildeste Wort, welches uns ohne Verstoß gegen die Pflicht der Wahrheit erlaubt ist.

— Der frühere verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse“, Dolinski, stand am 2. Juni vor Gericht, um sich wegen nicht weniger als 19 inkriminirten Artikeln, die theils in der „Berliner Freien Presse“, theils im „Märkischen Volksfreund“ erschienen waren, zu verantworten. Die Strafanträge für die einzelnen Fälle summirten sich auf 25 Monate 14 Tage Gefängniß. Da der Angeklagte aber, so meinte der Staatsanwalt v. Zastrow, noch nicht bestraft worden sei, komme ihm der § 74 des Strafgesetzbuchs sehr zu statten, und er glaube daher, Alles zusammenfassend, eine Gesammtstrafe von 15 Monaten fordern zu müssen. Der Gerichtshof aber war noch gnädiger und verurtheilte Dolinski zu 9 Monaten Gefängniß.

— Die „freie deutsche Arbeiterpartei“, gegründet von dem unseren Lesern wohl noch in Erinnerung befindlichen Kutschbach, hat durch einen Congreß, der am Sonntag den 3. Juni in Kassel eröffnet wurde, das erste Lebenszeichen von sich gegeben. Die Hauptrolle auf dem Congreß scheint Herr Max Hirsch gespielt zu haben, da ein von ihm entworfenes Programm zur Vorlage und Annahme gelangte. Das Programm fordert die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes im Wege des Gesetzes und die vollständige Gleichberechtigung der Arbeiter mit allen anderen Staatsbürgern, unentgeltliche Volksbildung, gesetzlichen Schutz der Arbeiter, die obligatorische Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, die gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine, die Abwehr einer neuen Beschränkung der Coalitionsfreiheit und die Beseitigung der die freie Arbeit unterdrückenden Conkurrenz. Für die Einzelnen und die Vereine wird empfohlen die Herstellung eines humanen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Förderung der Ausbildung von Lehrlingen, die Gründung und Förderung von Bildungsvereinen, wirthschaftlichen Genossenschaften und Hilfs- und Invalidenkassen, sowie die Bekämpfung aller auf Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen. — Wie man sieht, nimmt sich das Programm in einzelnen Punkten ziemlich radikal aus. Da aber bekanntlich zwischen dem Radikalismus auf dem Papier und dem Radikalismus im Handeln ein großer Unterschied besteht, so werden die fortschrittlich-liberalen Gründer der „freien deutschen Arbeiterpartei“ mit ihrem radikalen Programm bei den deutschen Arbeitern wohl wenig Anklang finden. Die Zeiten der politischen Bauernfängerei liegen lange hinter uns, das, dächten wir, sollten die fortschrittlich-liberalen Bauernfänger nachgerade begriffen haben.

Aus der Türkei.

Constantinopel, 27. Mai.

Ich war längere Zeit abwesend, daher mein Stillschweigen! Ich gehe morgen wahrscheinlich wieder auf einige Wochen weg, und werde später wieder auf meine Berichte zurückkommen können. Heute will ich Sie bloß von den letzten Ereignissen, die hier stattgefunden haben, in Kenntniß setzen. Gestern Abend haben einige Tausend Softas vor dem Deputirtenhause eine Demonstration in Szene gesetzt, die einen sehr hübschen Anblick bot. In dichter Menge standen sie auf einem Haufen, von einigen alten Hodjes angeführt, die einen mit grünem, die andern mit weißem Turban auf dem Haupte, und aus vollem Halse wurde nach Achmed Cewfik Pascha (Präsident der Kammer) gerufen, der auch eine Deputation vor sich ließ, die ihm nunmehr erklärte, daß sie die Zurückberufung von Mithad Pascha, die Absetzung des Kriegsministers Redif Pascha und endlich die Entfernung Mahmud Pascha's, Daneah, Schwager des Sultan, und dessen Rathgeber verlangt. Letzterer ist beim Volke sehr verhaßt und scheint die ganze Demonstration auf ihn gemünzt gewesen zu sein. Achmed Cewfik Pascha versprach noch am selben Abend die Sache dem Sultan vorzutragen. Die Folgen davon blieben indessen nicht aus, um 10 Uhr in der Nacht erschien noch eine offizielle Bekanntmachung des Kriegsministeriums, die den Belagerungszustand über Constantinopel verhängt. — Damit ist es auch wahrscheinlich aus mit jeder weiteren Demonstration. —

Die Stimmung ist in den letzten Tagen eine sehr gedrückte. Der Fall von Ardahan ist den Turken sehr zu Gemüth gegangen und die erste Consequenz davon ist wohl die gestrige Demonstration; die Türken glauben, daß fähigere Männer die Russen auch besiegen würden, indessen wo sind die fähigen Männer? Mithad allein dürfte nicht Alles machen können, wenn er zurückkommen sollte! — Nächstens mehr.

Börne.

Im Augenblick wo wir zur Presse gehen, wird in Frankfurt a. M. ein Denkmal zum Gedächtniß Börne's enthüllt, die Festrede soll ein Jugendfreund Börne's: Dr. Reinganum halten.

Wir haben nicht die Zeit, und hier ist auch nicht der Ort, ein Lebensbild zu geben. Wer sich über den unsterblichen Verfasser der Pariser Briefe und „Menzels des Franzosenfressers“ unterrichten will, dem empfehlen wir die in Frankfurt a. M. erschienene Gelegenheitsschrift „Erinnerung an Börne“.*) „Der Stil ist der Mann“ und der Inhalt erst recht. „Ich schreibe mit meinem Herzblut“, sagte Börne einmal. Hören wir ein paar seiner Aussprüche.

Ueber die Todesstrafe:

„Vor einigen Tagen wurden hier (in Paris), zum ersten Male seit der Revolution, zwei Menschen hingerichtet. Da verlosch der letzte Strahl eines schönen Tages. Als damals das Volk über das Leben aller seiner Feinde gebot und es schonte, dachten einige edle Männer daran, die Tugend des Volkes, solange sie noch regierte, zum künftigen Gesetze zu erheben, damit, wenn die Macht wieder an jene käme, die nie geschont, sie ihren Rachedurst doch wenigstens nicht mit Blut sollten stillen dürfen. Sie trugen daher in der Kammer auf die Abschaffung der Todesstrafe an. Doch jene andere, die es genau berechneten, wie viel in dieser betrübten Zeit, da ihr Gewerbe ganz darniederlag, ihnen an Kapital und Zinsen verloren ginge, und daß sie das später alle wieder herbeischaffen müßten, es zum alten Schatze zu legen, erschraken über die Abschaffung der Todesstrafe. All' ihr Glück liegt in der Hoffnungslosigkeit des Unglücks — wie kann man regieren ohne Tod? — — — — Der eine Verurtheilte sagte am Fuße der Guillotine zum Henker: eilt Euch! eilt Euch! Aber sie haben ihn nicht verstanden, diesen Donner des Himmels. Eilt Euch! Eilt Euch! ruft es ihnen von oben herab. Kurz ist eure Zeit. Die heillos verblendeten Thoren! Als der edle Tracy in der Kammer auf Abschaffung der Todesstrafe angetragen, da hätten sie nicht ruhen und rasten, sie hätten ihre Kinder nicht wiedersehen, nicht eher essen, trinken und schlafen sollen, bis das rettende Gesetz angenommen und verkündigt worden.“ — — — —

Ueber die Deutschen:

„Ich erinnere mich aus meinen Schuljahren eines Declamations-Gedichtes, das fing so an: „Die alten Deutschen waren — nicht schmeidig wie der Aal — doch Löwen in Gefahren — und Lämmer beim Pokal“. Geschmeidig sind wir noch heute nicht; Löwen sind wir noch in Gefahren, aber nur nicht in unseren eigenen, und Lämmer sind wir das ganze Jahr, nur nicht beim Pokal; da sind wir grob, und wenn das ganze deutsche Volk nur einmal vier Wochen hintereinander betrunken wäre, oder wenn es ebenso lange nichts zu essen hätte, da ließe sich vielleicht etwas mit ihm anfangen.“ —

Ueber Nationalität und Patriotismus:

„Keine Freiheit ist möglich, so lange es Nationen gibt. Was die Völker trennt, vereinigt die Fürsten; der wechselseitige Haß, der die Einen trennt und schwach läßt, verbindet die anderen zu wechselseitiger Liebe und macht sie stark. Die Könige werden Brüder bleiben und verbündet gegen die Völker, so lange ein thörichter Haß diese auseinander hält. Auch die Edelleute sind stark, weil sie kein Vaterland kennen. Deutsche! Franzosen! Ihr zumal, Schiedsrichter der Welt, laßt Euch nicht länger thöricht — — zum wahnsinnigen Patriotismus entflammen. Weil man eure Vereinigung fürchtet, soll wechselseitiges Mißtrauen euch ewig getrennt halten. Was sie als Vaterlandsliebe preisen, ist die Quelle eures Verderbens.“ — — — — — — — — — — — — — — —

Paßt jetzt gerade vortrefflich!

Und über Vaterlandsliebe insbesondere:

„Die Neigung, stete Bereitwilligkeit und der unerschütterliche Muth, für das Glück, die Ehre, den Ruhm, die Freiheit und Sicherheit seines Lebens thätig zu sein, und dabei kein Opfer, keine Anstrengungen zu scheuen, sich von keiner Gefahr abschrecken zu lassen: das ist es, was wir Liebe des Vaterlandes nennen. Das Glück, der Ruhm, die Freiheit und die Sicherheit eines Landes können von zwei Seiten bedroht werden, von außen und von innen. Die Uebel, die von außen kommen, sind seltener, es sind gewaltsame Verletzungen und sie gleichen den Verwundungen des menschlichen Körpers. Sie sind schmerzlich, aber nicht bösartig und können den stärksten und gesundesten Staat treffen. Die Uebel, die von innen kommen, gleichen den Krankheiten; sie sind häufiger und bösartiger, denn sie setzen verdorbene Säfte, eine fehlerhafte Constitution oder ungeregelte Lebensordnung voraus. Nun haben aber die Machthaber, welche die öffentliche Meinung, Moral und Erziehung nur zu ihrem eigenen Vortheile lenken, die Liebe zum Vaterland, die sich gegen die inneren Feinde hilfreich zeigt, nie als eine Tugend geltend zu machen sucht, sondern vielmehr als das größte Laster verdammt und unter dem Namen Landesverrätherei und Majestätsverbrechen durch ihre Gesetze mit den härtesten Strafen bedroht. Diejenigen Bürger haben sie für die besten Patrioten erklärt, die ihren unheilbringenden Gesetzen am meisten Ehrfurcht und Achtung bezeigten, indem sie nur für sich und ihre Familie Sorge trugen, sich aber um die Kränkungen, welche ihre Mitbürger und ihr Vaterland erlitten, nie bekümmerten. Nur denjenigen Patriotismus, der sich äußeren Feinden des Vaterlandes entgegensetzt, haben sie als eine Tugend angepriesen und belohnt, weil er ihnen nutzt, weil er ihre Herrschaft sicherte — — — Man handelt nur schön für das Vaterland, wenn es das Vaterland ist, für das man sich bemüht, nicht aber ein einzelner Mensch, ein Stand oder eine Interesse, die durch Ränke und Gewalt sich für das Vaterland geltend zu machen wußten.“

Goldene Worte!

*) Verlag von Gebrüder Fey. Preis 20 Pfennig. (Siehe den Annoncentheil.)

Correspondenzen.

Berlin, 1. Juni. Der deutsche Lehrerverein, so berichtet die „Berliner freie Presse“ hielt vor einigen Tagen hier eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende berichtete, daß der Verein über 10,000 Mitglieder habe, also ein Verein von hoher Bedeutung sei. In der Berathung, welche über die Frage zum Unterricht gepflogen wurde, beantragte der Referent Baake: daß der Lehrplan der allgemeinen Volksschule mit dem der höheren Schulen in organische Verbindung zu bringen sei, und daß das Abgangszeugniß der Volksschule zum Eintritt in jede höhere Schule berechtige. Herr Dr. Beck stellte den Zusatzantrag, daß demgemäß eine Reorganisation der höheren Schulen nothwendig sei, insofern diese nicht zugleich auch Volks- und Elementarschulen seien, sondern die Schüler erst mit dem 14. Lebensjahre aufnehmen dürfen, wie es zum Theil schon in der Schweiz, in Schweden und Norwegen der Fall sei. Die Versammlung nahm den Antrag an, „daß das Zeugniß der Reife von der Volksschule zum Eintritt in jede höhere Schule berechtige.“ Es wurde hiernach die Frage, ob geprüfte Lehrer zur Errichtung einer Privatschule einer Konzession bedürfen, verneint. Das ist ein Urtheil von Fachmännern und daher wohl zu beherzigen und zu begrüßen. Anders hin-

---

die übrigen Verbreiter bereits erkannten Strafen und aus der hohen Stellung des Beleidigten, sowie aus der Schwere des Vorwurfs. Der Angeklagte fühle angeblich den Beruf, den Reichskanzler von falschen Wegen abzulenken, habe dazu aber jedenfalls falsche Mittel angewendet. Wenn einst die Geschichte unserer Zeit geschrieben und das Verdienst Bismarck's aufgezählt werde, dann würde die Nachwelt mit Erstaunen hören, wie der große Mann monatelang sich habe durch die Gerichte hinschleppen müssen, um zu beweisen, daß er ein ehrlicher Mann sei. (Allerdings sehr schlimm! Red. d. „V.“) Unter den Namen der Angreifer werde dann aber auch der v. Diest genannt werden.

Demnächst nahm der Angeklagte nochmals das Wort, um abermals zu versichern, daß er nichts weiter beabsichtigt habe, als seinem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Er habe durchaus bona fide gehandelt und deshalb das, was er dem Reichskanzler avertirte, auch anderen Leuten offen und ehrlich mitgetheilt. Die Anklage mache sich die Sache leicht, indem sie Privatgespräche zusammentrage, allerlei Combinationen mit der „Reichsglocke“, mit Rud. Meyer ꝛc. anstelle und daraus die Bezichtigung konstruire. Der Angeklagte bestreitet, daß Rud. Meyer ihm gegenüber als beweiskräftiger Zeuge auftreten könne, und noch weniger Glaubwürdigkeit besitze Gehlsen, und dem Zeugen v. Hammerstein im Coupé habe er nur den Wunsch ausgesprochen, den Fürsten von den ihn umgebenden bösen Einflüssen zu befreien. Die Zeugenaussagen in Betreff der Vorgänge in Stettin und mit dem Herrn v. Borcke seien ganz verschwommen; im letzteren Falle handle es sich um ein Jagddiner, bei dem man nicht jedes Wort auf die Goldwage lege. Zu Herrn v. Bülow habe er nur gesagt, Bismarck müsse wieder Respekt vor Charakteren, und sei es der eines pommerschen Junkers, kriegen. Das seien die sechs Privatgespräche; wolle man ihn deshalb strafen, so werde er die Strafe zu tragen wissen und nicht derselben durch Entfernung außer Landes ausweichen. Aber das wisse er, daß er es ehrlich und gut mit seinem Vaterlande meine, und er hoffe, die Mit- und Nachwelt werde sagen, man habe dem Diest doch zu arg mitgespielt. Eventuell lägen mindestens mildernde Umstände vor.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Quenstedt, verwahrte zunächst den Grafen Arnim gegen die Unterstellung des Staatsanwalts, die „Gruppe Arnim“ als Hintermänner der „Reichsglocke“ zu bezeichnen. Begreiflich wäre ihm die Bestrafung wegen der Broschüre, eine Bestrafung wegen der Privatgespräche aber sehr bedauerlich. Dazu komme, daß die Dinge, die der Angeklagte angeblich verbreitet habe, in den betreffenden Kreisen längst bekannt waren und besprochen wurden. Eventuell sei nur der Fall mit Herrn v. Borcke zu bestrafen, und zwar bei der Unbescholtenheit des Angeklagten nur mit Geldstrafe.

Nach kurzer Replik und Duplik zwischen Staatsanwalt und Vertheidiger betonte der Angeklagte in seinem Schlußwort nochmals, daß die vielen Mittheilungen glaubhafter Personen ihn in den Glauben versetzt hätten, die Thatsachen seien richtig. Er habe nur die Interessen seines Standes wahren wollen, denn der Grundbesitz sei thatsächlich durch die Conzessionirung der Bank geschädigt worden, und wenn er das dem Fürsten Bismarck unterbreitete, so halte er das für kein Verbrechen, sondern für ein offnes Verfahren, wie er es jedem Gentleman gegenüber wieder einschlagen würde.

Nach dreiviertelstündiger Berathung verkündete der Gerichtshof das Urtheil. Dasselbe lautete auf Schuldig der wiederholten, zum Theil öffentlichen Beleidigung, bemaß die Strafe auf drei Monate Gefängniß und legte dem Fürsten Reichskanzler die Befugniß zur Publikation des Urtheils bei. Die beiden ersten Punkte der Anklage wurden als nicht erwiesen erachtet, dagegen in allen anderen Punkten die Beleidigung als vorliegend bejaht.

— Wenn Einer eine Reise thut, dann kann er was erzählen. Und da Herr Rüder von seiner Reise nach Gotha nichts erzählen kann, so hat er doch wenigstens „was“ geschrieben, damit die Freunde heiterer Lektüre in dieser „schweren Zeit der Noth“ und des Nothstands nicht ganz leer ausgehen. Nämlich Folgendes:

„Bekanntmachung.

Aus den öffentlich gepflogenen Verhandlungen des jüngst in Gotha abgehaltenen, auch von hier aus beschickten Sozialisten-Congresses ist zu entnehmen gewesen, daß in öffentlichen Versammlungen, welche von Anhängern der sozialdemokratischen Richtung einberufen sind, Geldsammlungen vorgenommen werden, deren Ertrag zur Bezahlung und zum Theil auch festen Besoldung sozialdemokratischer Agitatoren eines Vereins verwendet werden.

Da ein solcher Verein seit der am 16. September 1868 erfolgten Auflösung des hiesigen allgemeinen deutschen Arbeitervereins hier nicht mehr besteht, so sehen wir uns veranlaßt, das weitere Veranstalten von Sammlungen in hier berufenen Versammlungen oder vor den Eingängen zu den Versammlungslokalen, falls sie ohne speziell ertheilte polizeiliche Genehmigung geschehen, bei Geldstrafe bis zu 100 Mark — oder Haftstrafe bis zu 4 Wochen zu verbieten.

Diese Strafe trifft zunächst Denjenigen, welcher die Versammlung angemeldet hat, kann aber auch gegen Diejenigen, welche die Leitung der Sammlung vorgenommen oder zur Leistung von Beiträgen für dieselbe aufgefordert haben, sowie gegen Spender zur Sammlung erkannt werden.

Leipzig, am 2. Juni 1877.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder.“

Also zu lesen im „Leipziger Tageblatt“, Nr. 154 vom Sonntag, dem 3. d., Seite 1, Zeile 19 ff. von oben. — Herrn Rüder hier noch die freundliche Notiz, daß auf dem Congreß ein Antrag, ihn zum Ehrenmitglied zu ernennen und in das sozialdemokratische Wahlcomité zu wählen, bereits eingebracht war und nur wegen seines (des Herrn Rüder) räthselhaften Verschwindens nicht zur Debatte gestellt werden konnte. Jammerschade! Der Antrag wäre einstimmig angenommen worden! Wir sind aber auf Wunsch gerne erbötig, das Versäumte nachzuholen. Wie wär's, Herr Rüder? Als Mitglied unseres Organisationsvorstandes würden Sie doch gewiß die beste Gelegenheit haben, den so schmerzlich vermißten „Verein“ ausfindig zu machen.

gegen denken die Berliner Stadtväter über diese Sache. Der Direktor am sogenannten grauen Kloster (Berlinisches Gymnasium) hatte sich sehr energisch gegen die Errichtung einer besonderen Vorschule an seiner Anstalt ausgesprochen. In unserer Zeit, wo das Bedürfniß und Verständniß für die allgemeine Volksschule immer mehr in den Vordergrund tritt, läßt sich ein Beschluß der städtischen Behörden, der ganz direkt gegen das Urtheil der Fachmänner und gegen das allgemeine Bedürfniß nach gleich guten Schulen, gerichtet ist, am allerwenigsten rechtfertigen. Dieser Beschluß begünstigt die Standesschulen und läßt die Volksschulen immer mehr als Armenschulen erscheinen. Wir meinen, daß die Klassenunterschiede in unserem heutigen Schulwesen schon in Ueberfülle vorhanden sind und nicht noch erweitert und vermehrt werden brauchen.

Erfurt, 1. Juni. Die Correspondenz aus Apolda in Nr. 63 des „Vorwärts" legt mir in meiner Entgegnung auf die Richter'schen Auslassungen einige unrichtige Aeußerungen in den Mund. Ich habe Eugen Richter nicht das Werk eines Herrn Seffner — ein derartiger Name ist mir nicht bekannt —, sondern Dr. Schäffle's „Quintessenz des Sozialismus" zum Studium empfohlen. Ferner habe ich nicht gesagt, Richter könne daraus erfahren, was Eigenthum sei, sondern ich habe erklärt, daß durch die Verwirklichung des Sozialismus das Eigenthum an sich nicht negirt würde. — Endlich ist es unrichtig, daß ich die in England nicht so hoch entwickelte sozialistische Arbeiterbewegung auf Kosten der dort herrschenden politischen Freiheit gesetzt hätte. Richter war es, welcher sagte, nur in reaktionären Staaten könne der Sozialismus gedeihen. Die Gründe, welche ich angeführt — unter anderen die in England vorwiegende Gewerkschaftsbewegung 2c. — sind hier wegen Raummangels nicht aufzuführen. F. Klute.

Königshütte, 31. Mai. Zur Kennzeichnung der Noth in hiesigen Arbeiterkreisen läßt sich jetzt sogar die „Schlesische Zeitung", gewiß kein arbeiterfreundliches Blatt, herbei, indem sie sich von hiesigem Orte folgendermaßen schreiben läßt:

„Gegenüber den mannigfachen Versuchen die Nothlage des Arbeiterstandes in unserem Oberschlesischen Industriebezirk in einem günstigeren Lichte erscheinen zu lassen, als es die Wahrheit erheischt, theile ich nachstehendes Schreiben mit, welches mir, ehe die Absendung desselben an die nachstehend bezeichnete Adresse erfolgte, zufällig in die Hand kam: „„Königshütte, den 27. Mai 1877. Bittgesuch des Werkarbeiter Rudolph Großer, in Arbeit bei Obermeister Herrn Barwig in der Räderfabrik. An die Hochwohllöbliche Hütten-Direction in Königshütte. Hochgeneigtest bitte ich unterzeichneter die Hochwohllöbliche Hütten-Direktion ganz unterthänigst, wenn es möglich ist, um eine kleine Unterstützung. Ich bin Familienvater von 6 kleinen Kindern, wobei mich ein großes Unglück getroffen hat, durch sehr schwere Krankheiten. Im Monat März d. J. erkrankte mein Sohn im Alter von 14 Jahren an Flecktyphus und Nervenfieber, ich habe zwar den Arzt frei, indem ich Knappschaftlich bin, aber die Apotheke mußte ich doch aus meiner Tasche bezahlen. Ueber 4 Wochen lang hat mein Sohn im Krankenbette zugebracht, wobei er mir durch seine schwere Krankheit viel Geldkosten verursacht hat. Kaum hatte mein Sohn das Krankenlager verlassen, so erkrankte meine Frau nebst zwei Kinderchen, eben an Flecktyphus und Nervenfieber, 14 Tage haben bereits die Kranken bei mir zu Hause verweilt, da nun aber der Docktor Herr Borronov, gesehen hat, daß es mit den Kranken Tag zu Tag schlimmer wurde, hat der Docktor auf der hiesigen Polizei Anzeige gemacht, und sofort wurde dann meine Frau nebst zwei Kinderchen in das städtische Krankenhaus gefahren. Bereits 14 Tage sind die Kranken im Lazareth gewesen, und wie ich halwegen dachte, daß das Fieber bei den Kranken nachließ, und das Gefährlichste vorüber war, so habe ich meine Frau nebst Kinderchen wider zu Hause geholt, indem ich die Lazarethkosten bezahlen soll. Täglich pro Person 1 Mark das wäre pro Tag 3 Mark, wie ich dieselben noch bezahlen werde, weiß ich wirklich nicht; und bin deßhalb von der hiesigen Polizei schon mit Pfändung bedroht worden. Während der Zeit daß meine Frau und Kinder zu Hause, so wie im Lazareth krank gelegen haben, war ich nicht imstande in die Arbeit zu gehen, indem ich noch vier kleine Kinder zu Pflegen hatte, und dabei hatte ich auch schon Anfall von Typhus. Kaum hatte ich die Kranken aus dem Lazareth zurück geholt, so erkrankte ich auch an derselben Krankheit, Flecktyphus und Nervenfieber, und so habe ich 5 Wochen lang die Arbeit verlassen müßen, und habe sehr schwer Krank gelegen. Den 19. April c. erkrankte ich, und bin sogleich in das Lazareth gegangen, und den 25. Mai bin ich durch meinen Antrag und vieles bitten wieder entlassen worden. Wie ich nach Hause kam, was sah ich? wider zwei Mädchen lagen im Bett eben auch an Flecktyphus, ich bin so bald zum Docktor Borronov gelaufen welcher sofort kam, derselbe hat beantragt und die älteste Tochter von 12 Jahren ist so fort am 26. Mai in das städtische Krankenhaus gebracht worden, die jüngere kranke Tochter von 4 Jahren ist mir zu Hause gelassen worden, aus welchem Grunde weiß ich nicht. Sollte die Sache der Hochwohllöblichen Hütten-Direction unglaublich scheinen, so werde ich die Atteste von beiden Doctoren gefälligst einsenden, so wie vom Obermeister Herrn Barwig wo ich in Arbeit stehe, welcher sämmtliche Krankenscheine für uns alle geschrieben und ausgefertigt hat, der weiß es auch sehr gut wie es mir während dieser Zeit ergangen ist. Durch sehr große Noth bin ich gezwungen so schwach wie ich bin, wieder in die Arbeit zu gehen, um für meine noch sehr schwache Familie weiter zu sorgen. Ich weiß jetzt wirklich nicht mehr was ich aus Noth und Kummer ergreifen soll, und auf welche weise ich meine noch sehr schwache Familie den Hunger stillen soll. Ich wende mich daher nochmals ganz unterhänigst an die Hütten-Direction mit der Bitte, für meine 6 kleinen kranken Kinder, nebst Frau wenn es möglich ist, um eine kleine Unterstützung, damit sie sich wieder etwas erholen könnten. Dienstag haben wir Vorschuß und ich kann keinen erreichen, indem ich nur diesen Monat 3 Schichten habe, und den 11. Juni c. ist Lohnung, so werde ich mit abzug deß Knappschafftsbeitrag nicht mehr als 3 Mark erhalten, und so soll ich, und noch 7 Familien (-Glieder) 4 Wochen lang davon leben, und noch dazu wider alle Tage in die Arbeit gehen, damit es doch wider für die Zukunft mit uns besser gehen soll. Hochachtungsvoll zeichnet sich ganz unterthänigst Rudolph Großer in Arbeit bei Obermeister Herrn Barwig in der Räderfabrik."" Wir haben uns nach dem Erfolg, den dieses Bittgesuch bei der Hütten-Direction hervorgerufen, erkundigt und erfahren, daß dieselbe nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhalts verfügt hat, es sollen an Großer, dessen Angaben — wie die amtlichen Erhebungen ergeben — durchweg auf Wahrheit beruhen (er ist seit dem 27. Januar 1875 in der Räderfabrik beschäftigt und ein recht ordentlicher Arbeiter) 30 Mark außerordentlichen Vorschuß, in fünf Monaten wieder einziehbar, gezahlt werden. Nebst dem Eingangs bezeichneten Zwecke, ein Bild des Elends, welches hier so manche Familie trifft, zu liefern, haben wir die Absicht, mitleidige Herzen zur thätigen Hülfe geneigt zu machen; denn es dürfte klar sein, daß, so dankenswerth auch die sofortige Hülfeleistung der Hütten-Direction zu nennen, der Noth der Großer'schen Familie nicht genügend abgeholfen ist. Vielleicht findet dieser Hinweis an mancher Stelle eine freundliche Beachtung!"

Daß die „Schles. Ztg." der Privatwohlthätigkeit das Wort redet, nimmt mich nicht Wunder, meinen doch die herrschenden Klassen, sie allein repräsentirten den Staat, was sie auch allein berechtigte, dessen Hülfsmittel für sich in Anspruch zu nehmen. Gestaltet sich die gesellschaftliche Lage der Arbeiter einmal zu einer öffentlichen Calamität, wie es gegenwärtig der Fall, so gestehen die herrschenden Klassen den Arbeitern wohl das Recht zu, die Mildthätigkeit der Reichen anzurufen, beileibe aber dürfen dieselben nicht den Staat für sich zu engagiren trachten. Nur weil es den Interessen der herrschenden Klassen zuwiderläuft, sollen die Arbeiter den Staat nicht um Hülfe angehen, sollen sie hungern, und sollen sie eventuell auch verhungern.

R. B. **Kopenhagen**, 30. Mai. Die heutige Nummer des „Vorwärts" enthält aus der „Neuen Zeit" in Chicago eine Vertheidigung von Seiten des Herrn Geleff, welche es mir zur Pflicht macht, die Sache wiederholt im „Vorwärts" zu besprechen. Zuerst muß ich vorausschicken, daß es gerade Geleff ist, der es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, und daß sein Herr College nicht viel besser ist, beweisen manche Auslassungen auf das Eclatanteste. Wie u. A. „Dagens Nyheder" hierselbst berichteten, hatte Geleff nach seiner Ankunft in Chicago dem dasigen skandinavischen Parteiblatt „Falkets Röst" unter der heiligsten Versicherung der Wahrheit mitgetheilt, daß er und Pio nicht heimlich von Kopenhagen verschwunden, sondern daß sie von ihren Freunden nach dem Schiffe begleitet worden seien. Nun ja, wie man's nimmt; so viel ist gewiß, daß der Polizei-Inspektor Herz bereits 4 Wochen vorher erzählte, daß Pio und Geleff im Monat April nach Amerika abreisen würden, und als „Dags-Telegrafen" ebenfalls kurz vorher dasselbe erzählte, erklärte Pio diese Nachricht für eine Lüge. Thatsache jedoch ist, daß weder das Redaktions- noch Expeditionspersonal von der Abreise der beiden Herren Etwas wußten (siehe die betr. Erklärungen im „Social-Demokraten"), und daß Pio noch am Tage der Abreise dem Expedienten hoch und theuer versicherte, er werde an diesem Tage nicht reisen, kein vernünftiger Mensch könne solchen Gerüchten Glauben schenken. Doch nun zur eigentlichen Sache. Wenn Herr Geleff sagt, daß die bevorstehende Verhaftung (welche beiläufig bemerkt nur im Gehirn beider Herren spukte) nicht der einzige Grund zur Abreise war, so hat er ganz Recht; wenn er aber sagt, die Opposition in der Partei habe ihn und Pio dazu getrieben, die Flinte in's Korn zu werfen, so muß ich mir doch erlauben, einen Zweifel darüber auszusprechen. Der eigentliche Grund war wohl der, daß sie zu viele Privatschulden hatten, zu deren Deckung keine Gelder aufzutreiben waren. Herr Geleff stellt entschieden in Abrede, daß er und Pio die Kassen vor ihrer Abreise geleert haben sollten — nun wohl, dies könnte ja für Geleff, aber nicht für Pio zutreffend sein, denn was ist es anders, als die Kassen leeren, wenn man hingeht zu Arbeiter-Vereinen mehrere Tausend Kronen zu leihen unter dem Vorgeben, das Blatt, oder vielmehr Pio's Privateigenthum, die „Centraldruckerei", vor dem Zusammenbrechen zu bewahren? oder wenn man aus der Expeditionskasse ungefähr 400 Kronen nimmt unter dem Vorgeben, damit sollte eine Strafe auf dem Gericht bezahlt werden? oder wenn man dem Vorstand des „Vereins zur Erbauung eines Vereins- und Versammlungshauses in der Hauptstadt eine Summe von 500 Kronen abjagt unter der Drohung, daß das Blatt am andern Tag nicht mehr erscheinen könnte, wenn kein Geld hergegeben würde? Möglich, daß Herr Geleff alles dieses läugnet und es als Lüge hinstellt, aber er wird doch nicht in Abrede stellen können, daß Pio auf eine gerade nicht sehr anständige Weise Privatpersonen schädigte, so z. B. die Mitarbeiterin am Blatt, Fräulein L.? Man entschuldige, wenn ich zu sehr auf die Details eingegangen bin, aber Geleff's Vertheidigung und sein Angriff auf meine Wahrheitsliebe erforderten dies.

Congreß der deutschen Maurer und Steinhauer.

Durch die schon mehrere Jahre lang anhaltende Krise in allen Industriezweigen ist auch das Baufach hart betroffen, und unsere Lage hat sich von Tag zu Tag verschlechtert, so daß Tausende von Maurern und Zimmerern arbeitslos sind und nicht wissen, auf welche Weise sie ihr Leben fristen sollen. Ein übermäßiges Angebot von Arbeitskräften war daher die Folge. Ueberall, wo man hinblickt, gehen die Arbeitgeber mit Lohnreducirung und Verlängerung der Arbeitszeit vor, um — wie nicht anders zu erwarten ist — unsere Lage zu verschlechtern. Um nicht gänzlich in Kummer und Elend unterzugehen, liegt es an den Maurern Deutschlands, gemeinschaftlich eine Besserung unserer traurigen Lage zu erstreben, was sich Jeder selbst, wie seiner Familie schuldig ist.

Auf dem Congreß, welcher am 9. Juli d. J. in Leipzig stattfindet, sollen Mittel und Wege berathen werden, auf welche Weise eine Besserung dieser elenden Verhältnisse herbeizuführen ist. Zu diesem Zwecke sind folgende Gegenstände zur Besprechung aufgestellt:

1) Welche Stellung haben die Maurer und Steinhauer Deutschlands dem Nothstande der Gegenwart gegenüber einzunehmen, und welche Mittel haben sie zu ergreifen, um die Calamität in Zukunft in unserm Berufszweig abzuwehren?

2) Die Nothwendigkeit des Haftpflichtgesetzes für die deutschen Bauhandwerker.

3) Gründung einer Central-Kranken-, Sterbe-, Invaliden- und Reise-Unterstützungskasse (benannter Berufszweige) nach dem Hilfskassengesetz.

Angesichts der traurigen Verhältnisse erwarten wir von den Maurern und Steinhauern Deutschlands, daß sie diesen Aufruf nicht unbeachtet lassen und den Congreß durch Delegirte beschicken. Ferner ersuchen wir alle Parteigenossen, bei den Maurern und Steinhauern ihres Ortes für die Beschickung des Congresses zu wirken.

Orte, welche Delegirte entsenden, haben dieselben bei Herrn H. Pfützner in Leipzig, Albertstraße 6, anzumelden.

Hamburg.

Mit Bruder-Gruß
Das Einberufungs-Comité.

Briefkasten

der Redaktion. P. G. in Annaberg: Lesen Sie die Verhandlungen des letzten Congresses. Der Abdruck kann im „Vorwärts" nicht erfolgen. Verfügen Sie über das Manuscript. — Pönitz in Constanz: Der zweite Artikel (Nr. 58) ist der Schlußartikel. — C. M. in London: Eine präcise Antwort auf Ihre Frage können wir nicht ertheilen, da Sie vergessen haben, uns mitzutheilen, welcher Art Ihr Vergehen ist. Vielleicht ist Ihnen aber mit dem Abdruck der einschlägigen Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs gedient:

„§ 67. Die Strafverfolgung von Verbrechen verjährt, wenn sie mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind, in zwanzig Jahren;

wenn sie im Höchstbetrage mit einer Freiheitsstrafe von einer längeren als zehnjährigen Dauer bedroht sind, in fünfzehn Jahren;

wenn sie mit einer geringeren Freiheitsstrafe bedroht sind, in zehn Jahren.

Die Strafverfolgung von Vergehen, die im Höchstbetrage mit einer längeren als dreimonatlichen Gefängnißstrafe bedroht sind, verjährt in fünf Jahren, von anderen Vergehen in drei Jahren.

Die Strafverfolgung von Uebertretungen verjährt in drei Monaten.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die Handlung begangen ist, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des eingetretenen Erfolges.

§ 68. Jede Handlung des Richters, welche wegen der begangenen That gegen den Thäter gerichtet ist, unterbricht die Verjährung.

Die Unterbrechung findet nur rücksichtlich desjenigen Statt, auf welchen die Handlung sich bezieht.

Nach der Unterbrechung beginnt eine neue Verjährung."

Betreffs Ihrer Militärangelegenheiten möchten wir Ihnen doch rathen, sich mit einem Rechtsanwalt des betr. Bezirks in Verbindung zu setzen. —

der Expedition. G. Schmidt, Mölle: Ihre Reklamation haben wir der hiesigen Hauptpost übergeben. Es wird Ordnung werden.

Quittung. Grbnstn Lindenau Ab. 6,00. Rdlf Hannover An. 0,90. Frnkl Budapest Ab. 32,21. Kchnrthr Hof Ab. 13,50. Hrm. Elberfeld Ab. 5,00. Orbg Gießen Ab. 4,00. Mttg Altona Ab. 20,00. Brbm Gotha Ab. 9,00. Wlthr Gera Schr. 3,00. Schlr Frohmau Ab. 7,20. Schr. 0,90. Müllr Mannheim Ab. 16,00 und 20,00. Krwrz Osnabrück An. 9,00. M. Klzsch Dresden Ab. 89,50. F. A. Schmdt Hannover Hannover Ab. 100,00. R. Wsnr Anina Ab. 15,97. Schr. 1,80. Lnd. Hamburg Ab. 100,00.

Agitationsfond.

Von einem 48 und 49er Kämpfer in Mannheim 2,00.

Fond für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Plagwitz d. O. 1,00.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Vom Arbeiterverein Thonberg M. 1,50.

Anzeigen 2c.

Rixdorf-Brietz. Sonntag, den 10. Juni, Vormittags 10 Uhr:

Volksversammlung

in Brietz bei Riedorf im Hut'schen Lokale.

Tagesordnung: Berichterstattung des Delegirten vom Gothaer Congreß. — Die Genossen der andern Ortschaften werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, da nach derselben eine Conferenz der Genossen des Teltower-Beskower-Storkower Wahlkreises stattfindet. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen unbedingt nothwendig. [1,00] H. Dietzmann. R. Mathkes.

Für Hamburg-Altona-Wandsbeck.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Die in Hamburg und dessen einmeiligem Umkreise wohnhaften Mitglieder obiger Genossenschaft, werden ersucht, am Montag, den 11. Juni, Abends 9 Uhr, in der „Stadt Berlin" (bei Burmester), behufs Neuwahl des Aufsichtsrathes sich einzufinden.

J. A.: August Geib.

Leipzig. Bund der Tischler u. verwandter Berufsgenossen. Sonnabend, den 9. Juni, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. Jacobi, Rosenthalgasse:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Zweck und Bedeutung der Gewerkschaften. Ref. Taute. 2. Die Arbeitstheilung. Ref. Seifert. 3. Die Bundesorganisation. [1,00

Das Erscheinen der Mitglieder sowie sämmtlicher Holzarbeiter von Leipzig erwartet Der Vorstand.

Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 1. Juli, Morgens um 10 Uhr, in Sander's Restaurant, Prinzenstr. 45d, oberer Saal, zu Berlin, stattfindet.

Laut § 21 der Statuten sind die Anträge zur Generalversammlung bis spätestens den 10. Juni bei dem Unterzeichneten einzureichen. Nur diejenigen Mitglieder, welche gemäß § 11 ihre Pflichten erfüllt haben, sind zur Stellung von Anträgen berechtigt.

Hamburg, den 24. Mai 1877.

Der Aufsichtsrath.
J. A.:
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Einem Mechaniker, welcher sich selbstständig zu machen gedenkt, ist Gelegenheit gegeben, sich zur Etablirung eines Nähmaschinengeschäftes, die nöthigen Maschinen, Werkzeuge, Schablonen 2c. nebst Lokalitäten zu miethen. Frankirte Offerten wolle man an C. Hardt in Darmstadt, Hochstraße 24 richten. (2a) [150

Im Verlage von Gebr. Fetz in Frankfurt a/M. ist in 2. Auflage erschienen und durch uns zu beziehen:

Erinnerung an Börne.

Einzelpreis 20 Pfg. Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Im Verlage des Verlagsmagazin Zürich ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Theokratisches Kirchenthum
und
Autokratische Justiz

Ein Gotteslästerungs-Prozeß vor dem Schwurgerichte in Eßlingen.
Preis pr. Expl. 75 Pf. Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Bei der Volksbuchhandlung in Zürich ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Staat
vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.
Eine Auseinandersetzung mit den „Anarchisten".
Von Hermann Greulich, Redakteur der „Tagwacht".
2 1/2 Bogen groß Oktav. — Preis 25 Pf.
Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage
von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.
Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.